

Canzler, Weert

Book Review — Digitized Version

[Rezension] Jeanette Hofmann: Implizite Theorien in der Politik: Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1993

Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau: Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialpolitik, soziale Probleme

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Canzler, Weert (1994) : [Rezension] Jeanette Hofmann: Implizite Theorien in der Politik: Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1993, Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau: Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialpolitik, soziale Probleme, ISSN 0175-6559, Verlag Neue Praxis, Lahnstein, Vol. 17, Iss. 29, pp. 129-131

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122437>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Die Autorin hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Sie möchte mit einem radikalen Perspektivenwechsel zum Aufbruch auf neuen Wegen und zu neuen Ufern in der noch relativ jungen Politikfeldforschung ermuntern. Aus einem klassischen empirischen Forschungsprojekt über Implementationsprobleme regionaler Technologiepolitik anhand der Beispiele Berlin und Baden-Württemberg entstanden, unterlag die Arbeit im Zuge ihrer theoretischen Aufbereitung einer „wissenssoziologischen Wende“. Es geht der Autorin nicht um die wiederholte Bestätigung größtenteils bekannter Schwierigkeiten der administrativen Implementation und der mangelnden Reichweite regionaler Innovationspolitiken. Vielmehr werden die zugrundeliegenden Rezeptionsmuster sowie „Annahmen und Deutungen“ der Akteure in einem Politikfeld, das exemplarisch für ein proaktives Politikverständnis überhaupt stehen kann, untersucht. Ihre Analyse steht in einer Tradition der Ideologiekritik, ohne daß sie diese Traditionslinie allerdings problematisiert. Es ist zu vermuten, daß sie nicht in die Aporien des pejorativ verwandten Ideologiebegriffs geraten möchte. Hofmann führt stattdessen den Terminus „implizite Theorien“ ein: „Das Ensemble von axiomatischen, kausal verknüpften Aussagen über soziale Wirklichkeit, welches öffentlichen Handlungsprogrammen inneohnt, bezeichne ich als implizite Theorie. Solche Theoriegefüge sichtbar und ihre realitätsdeutenden Leistungen kritikfähig zu machen, ist mein Anliegen.“ (13) Sie bedient sich dabei des in einer schriftlichen Umfrage und in einer Vielzahl von Betriebsfallstudien und Einzelinterviews von Administratoren und Programmträgern gewonnenen empirischen Materials zu den Innovationsprogrammen der beiden Bundesländer Berlin und Baden-Württemberg.

Der theoretische Wert einer solcherart ideologiekritischen Betrachtung geht über das Feld der Innovations- bzw. Technologiepolitik hinaus. Generalisierend gesagt, geraten die Rationalitäten, die den Akteu-

● *Jeanette Hofmann: Implizite Theorien in der Politik. Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1993, 273 S., DM 44,-

ren in den jeweiligen Handlungsfeldern im Design der politischen Programme unterstellt werden, in den Mittelpunkt der (politik)wissenschaftlichen Reflexion. Anhand der Wirtschaft, prioritärer Adressat jeder regionalen Innovationspolitik, wird das verdeutlicht. Für die Unternehmen nämlich unterstellen alle staatlichen Fördermaßnahmen - und im übrigen auch alle konventionellen wissenschaftlichen Wirkungs- und Evaluationsstudien - eine dominierende ökonomische Rationalität. Die damit verbundenen Annahmen sind ebenso wie die politischen Schlußfolgerungen hinlänglich bekannt und weithin unumstritten: Die Marktkonkurrenz erfordere von den Marktteilnehmern permanente Produkt- und Prozeßinnovationen. Deshalb sei die Verfügung über die Ressourcen Information, Qualifikation und (Risiko-)Kapital entscheidend für die Innovationsfähigkeit von Unternehmen. Vorrangige Aufgabe staatlicher Innovationspolitik müsse es demnach sein, eventuelle Ressourcen-Engpässe durch entsprechende Angebote an Technologie-Transfer, Qualifikationsmaßnahmen und Kapitalhilfen zu beseitigen bzw. deren negative Folgen zumindest zu mildern. Die Autorin spricht von einer „von realen Handlungsbezügen abstrahierenden Input-Output-Konzeption ökonomischer Organisation“ (210), die dem gesamten technologiepolitischen Instrumentarium zugrundeliegt. Eine auf diesen Input-Output-Mechanismus ökonomischer Faktoren festgelegte Prämisse entpuppt sich jedoch in der harten Welt der empirischen Forschung als verkürzte Logik. Anhand der Befragung einer Vielzahl von Unternehmen hinsichtlich ihrer „betriebsübergreifenden Kommunikationsbeziehungen“ wurde die Relevanz anderer, nicht unmittelbar ökonomischer Faktoren offenbar: „Aus den Schilderungen der Unternehmen ging recht klar hervor, daß jeweiliges Interaktionsverhalten im allgemeinen nicht der Suche nach optimalen Lösungen für einzelne Problemstellungen folgt, sondern Routinen und vor allem, so ganz unökonomisch anmutenden, Vertrauensempfindungen geschuldet ist.“

(211) Nicht allein ökonomische Kalküle bestimmen das Verhalten der Unternehmen und der in den Unternehmen tätigen Individuen. Das allen Marktteilnehmern als handlungsleitend unterlegte Kosten-Nutzen-Kalkül erweist sich darüber hinaus in der betrieblichen Praxis nicht als „objektives Richtmaß“, sondern unterliegt selbst erheblichen Interpretationen. Die Vorstellung einer objektiven ökonomischen Logik ist also gründlich destruiert, weil weder aus dem Ziel der Gewinnmaximierung der „one best way“ zu seiner Erreichung abgeleitet werden kann noch das Unternehmen und seine Mitglieder ausschließlich dieses Ziel verfolgen.

Die Entdeckung einer verkürzten Rationalität, die - wie im Fall des wirtschaftlichen Handelns im Sinne des neoklassischen Denkens, das „weder Traditionen noch Routinen kennt“, - den Akteuren in allen Innovationsfördermaßnahmen modellhaft und zugleich verbindlich zugewiesen wird, hat sowohl für die Theorie der Genese und Diffusion von Techniken als auch für staatliches Handeln erhebliche Konsequenzen. Für die Technikgenese, in deren disziplinärem Kontext die vorliegende Arbeit zu sehen ist, sind die Folgerungen aus einer vielfach reduzierten Rationalität, die sich über eine lange Zeit in den Varianten des Technikdeterminismus manifestierte, bereits gezogen. In der Konzeptionalisierung und technikfeldbezogenen Analyse „technischer Leitbilder“ wird seit einigen Jahren der Versuch gemacht, die Entstehungsbedingungen und Träger von Innovationen zu identifizieren und zu erklären. Auf der Ebene staatlichen Handelns steht die Umsetzung der Kritik an der gleichsam systematischen Unterstellung verkürzter Rationalitäten erst am Anfang. Eine Neuausrichtung staatlicher Förderpolitik als Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Anforderungen und Probleme steht auf der Tagesordnung. Und dann ist die Verbindung von technikgenetischem Wissen und staatlicher Förderpolitik unabdingbar. Nicht zuletzt deshalb muß die von Hofmann gezogene Schlußfolgerung erschrek-

ken: „Wenn es aber eine übergeordnete Logik in der ökonomischen Sphäre nicht gibt, dann kann auch betriebliche Technikentwicklung angemessen nicht als substanzentleertes Verhältnis von Produktionsfaktoren konzeptionalisiert (und sinnvoll staatlich gefördert) werden.“ (213)

Verdienst des vorliegenden Buches ist es, die „freiwillige Unterwerfung“ staatlicher Interventionsversuche am Beispiel der Technologiepolitik unter unterstellte Entwicklungslogiken von Technik einerseits und Ökonomie andererseits zu analysieren und zu kritisieren. Ein solches Unterfangen wirkt geradezu antizyklisch angesichts einer Grundstimmung, in der der Staat von allen Seiten in die inhaltliche Bedeutungslosigkeit des Moderierens und Organisierens verwiesen wird. Wie ein „politischer Eigensinn“ und die Berücksichtigung von nicht verkürzten Rationalitäten im Design und in der Implementation von staatlichen Programmen aussehen könnte und müßte, bleibt nach der fundierten Kritik noch weitgehend unausgeleuchtet. Beiläufig - und am konkretesten lediglich in Klammern gesetzt - deutet die Autorin an, worauf es für eine „eigensinnige Technologiepolitik“ ankäme, nämlich „jene Bereiche, in denen der Staat faktisch unmittelbaren und z. T. hohen Einfluß auf Technikentwicklung nimmt (etwa über die investive Nachfrage öffentlicher Körperschaften, die Festlegung von Normen etc)“ (235) zu strategischen Ansatzpunkten zu machen.

Weert Canzler